

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herr Sigmar Gabriel
11019 Berlin

Berlin, 29. Februar 2016

Europas Klimapolitik im Lichte der Ergebnisse von Paris anpassen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir möchten uns für die positive Rolle Deutschlands bedanken, mit der die Bundesregierung zum Erreichen des Klimaabkommens von Paris beigetragen hat. Das Pariser Abkommen ist ein Durchbruch und kann bei entsprechender Umsetzung ein historischer Meilenstein auf dem Weg ins erneuerbare Zeitalter werden. Es schafft eine neue Ausgangslage für die EU-Klima- und Energiepolitik.

Nun haben Sie gemeinsam mit Umweltministerin Barbara Hendricks und den Kollegen in den EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu definieren, wie die EU-Klimapolitik nach der Verabschiedung des Pariser Abkommens neu justiert werden muss. Der Erfolg von Paris wird an der Umsetzung gemessen. Die bisherigen Klima- und Energieziele der EU stehen nicht im Einklang mit den in Paris verabschiedeten Zielen, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C, bzw. 1,5°C zu begrenzen. Entscheidend ist dabei, das schwache europäische Emissionsreduktionsziel für 2030 zu erhöhen, damit die EU ihren fairen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung leisten kann.

Die jetzt anstehenden Gesetzgebungsprozesse unter anderem zur Reform des Emissionshandels, zur CO₂-Minderung in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien sollten unbedingt für eine Ambitionssteigerung genutzt werden, ansonsten droht eine Zementierung unzureichender Maßnahmen.

Der Handlungsspielraum der Europäischen Kommission für Vorschläge im Einklang mit Paris bemisst sich maßgeblich an der Unterstützung durch große Mitgliedsstaaten. **Deshalb möchten wir Sie bitten, sich für die dringend notwendige Anhebung der bisher schwachen Ziele für 2030 einzusetzen.**

- Energieeffizienz darf nicht weiter vernachlässigt werden. Gestärkte Energieeffizienzinvestitionen können zum Antikrisenprogramm in Europa werden. Klima- und Energiekommissar Miguel Arias Cañete möchte das EU-Energieeffizienzziel für 2030 auf über 30 Prozent anheben und verbindlich machen. Das Europäische Parlament fordert 40 Prozent als kosteneffiziente¹ Zielmarke. **Bitte unterstützen Sie die Brüsseler Institutionen mit einer Positionierung Deutschlands für ein verbindliches Energieeffizienzziel von 40 Prozent.**
- **Für den Erfolg der deutschen Energiewende ist essentiell, dass die EU das 2030-Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien anhebt.** Das schwache Ziel von 27 Prozent führt zu einer deutlichen Absenkung der Investitionen in der kommenden Dekade. Deutschland und die EU verlieren bereits jetzt den Anschluss an den dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien in der Welt. Wir bitten Sie, sich für eine deutliche Anhebung einzusetzen.

1 Kosteneffizient laut Impact Assessment der Europäischen Kommission zur Mitteilung "Energy Efficiency and its contribution to energy security and the 2030 Framework for climate and energy policy" (23.07.2014).

- Das aktuelle Ziel von 30 Prozent Emissionsreduzierung für die Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, darf nicht verwässert werden. Die Integrität des Zieles darf nicht durch die Anrechnung von Emissionsreduktionen aus Land- und Forstwirtschaft (LULUCF) gefährdet werden. **Wir bitten Sie, eine indirekte Absenkung des Ziels durch solche Änderungen gemeinsam mit Bundesumweltministerin Hendricks zu verhindern.**
- Der Emissionshandel hat seit seiner Gründung keine Anreize gesetzt, die Emissionen zu reduzieren. Dies wird sich auch mit den geplanten Sanierungsmaßnahmen in den kommenden zehn bis 15 Jahren nicht ändern. Deshalb ist es dringend geboten, weitere Maßnahmen zu beschließen. **Bitte setzen Sie sich für eine umfassende und dauerhafte Löschung aller überschüssigen Zertifikate auf dem CO₂-Markt und einen höheren Reduktionsfaktor ein als den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen. Bitte unterstützen Sie darüber hinaus einen Start der nächsten Handelsperiode auf dem realen Emissionsniveau von 2020.** Parallel dazu sollten in Deutschland flankierende Instrumente zur Dekarbonisierung des Stromsektors eingeführt werden.
- In alle Maßnahmen sollte ein Mechanismus einbezogen werden, der eine regelmäßige Ambitionssteigerung im Rahmen der fünfjährigen Überprüfung ermöglicht, damit ehrgeizigere Ziele zügig integriert werden können.

In Paris hat sich die EU maßgeblich für die Berücksichtigung des 1,5°C-Limits eingesetzt. Nach ersten Erkenntnissen bedeutet das für die EU ein Minderungsziel von mindestens 95 Prozent für 2050. Die EU sollte daher **rechtzeitig zum wichtigen Revisions-Klimagipfel 2018 einen neuen verbindlichen Klimafahrplan für 2050 mit einem Minderungsziel von mindestens 95-Prozent vorlegen, der ein Szenario für den fairen Beitrag der EU zu einem 1,5°-Ziel enthält.** Bitte unterstützen Sie die Europäische Kommission bei diesem Vorhaben.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, die Welt schaut auf die EU als Klimavorreiter – gerade nach ihrer zentralen Rolle bei den Verhandlungen im Rahmen der High Ambition Coalition. Wenn die EU nicht zeigt, dass die ambitionierten Beschlüsse von Paris umgehend zu ehrgeizigen Zielen und Maßnahmen im politischen Alltag führen, wäre das ein fatales Signal an die Weltgemeinschaft.

Wir möchten Sie dringlich bitten: Helfen Sie, die in Paris entstandene Dynamik zu erhalten. **Setzen Sie sich ein für eine schnelle Anpassung der deutschen Positionen in der EU-Klima- und Energiepolitik an die Vereinbarungen von Paris.**

Wir sichern Ihnen dafür unsere vollste Unterstützung zu.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Bandt,
Bundesgeschäftsführer Politik &
Kommunikation



Kai Niebert,
Präsident



Christoph Bals,
Politischer Geschäftsführer



Brigitte Behrens,
Geschäftsführerin



Pirmin Spiegel,
Hauptgeschäftsführer



Regine Günther,
Generaldirektorin Politik & Klimaschutz



Sascha Müller-Kraenner,
Bundesgeschäftsführer



Christiane Averbek,
Geschäftsführerin



Leif Miller,
Bundesgeschäftsführer



Aktionsgemeinschaft Artenschutz e.V.
Action Campaign for Endangered Species



Deutscher Alpenverein



Brigitte Braun,
Geschäftsführender Vorstand

Rudolf Erlacher,
Vizepräsident

Wolfgang Kuhlmann,
Geschäftsführer



Maximilian Gege,
Vorsitzender



Jan Plagge,
Präsident



Jürgen Ritterhoff,
Geschäftsführer



Lutz Braunöhler,
Vorsitzender



Björn Klusmann,
Geschäftsführer



Udo Gattenlöhner,
Geschäftsführer



Norbert Schäffer,
Vorsitzender



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Gerhard Bronner,
Vorsitzender



Michael Müller,
Bundesvorsitzender



Evangelisch-Lutherische
Kirche in Norddeutschland

Gerhard Ulrich,
Landesbischof



OROVERDE
Die Tropenwaldstiftung

Volkhard Wille,
Vorstand



UfU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

Malte Schmidhals,
Geschäftsführender Vorstand



Christoph Himmighoffen,
1. Vorsitzender



Uwe Prüfer,
Sprecherrat